

Kurzsichtige Pflegeschusterei

Sozialpolitik. Die Bundesregierung will übermäßige Beitragssteigerungen in der Pflegeversicherung mithilfe eines Vorsorgefonds abfedern. Doch wenn die Kostenlawine so richtig ins Rollen kommt, wird dessen Kapital bereits aufgezehrt sein – und der Pflegekasse drohen Milliardenlöcher.

Damit die Pflege langfristig gesichert werden kann, muss mehr Geld ins System, sagt die Bundesregierung und installiert dazu einen Pflegevorsorgefonds. Wenn der Beitragssatz 2015 von 2,05 auf 2,35 Prozent steigt, sollen 0,1 Prozentpunkte davon über 20 Jahre angespart werden.

Ab 2035 soll das angesammelte Kapital dann 20 Jahre lang zurück in die Pflegekasse fließen und Beitragssteigerungen in Grenzen halten. Das sieht nach weitsichtiger Planung aus, ist es aber nicht. Wie eine Simulation des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt, klaffen

Einnahmen und Ausgaben der Pflegeversicherung schon ab 2030 weit auseinander. Die Details:

- **Demografie.** Auch wenn 2030 oder 2050 noch weit weg zu sein scheinen – die demografischen Prognosen für diese Zeiträume sind ziemlich treffsicher. Die deutsche Geburtenrate liegt seit Jahrzehnten bei 1,4 Kindern pro Frau. Und weil sich daran kaum etwas ändern dürfte, können Statistiker schon heute gut abschätzen, wie viele Ältere – und potenzielle Pflegefälle – es in den kommenden Jahrzehnten geben wird.

Laut Statistischem Bundesamt wird in Deutschland die Generation 65plus bis 2020 um gut 1 Million auf dann 18 Millionen Menschen steigen. Danach wechseln die ersten Babyboomer in den Ruhestand, womit bis 2030 noch einmal 4 Millionen Ältere hinzukommen. Im Jahr 2050 schließlich werden 23 Millionen Menschen mindestens 65 Jahre alt sein – das sind 33 Prozent der dann 69 Millionen Bundesbürger.

- **Steigende Pflegefallzahlen.** Das IW Köln hat zunächst geschaut, →

Mehr Pflegefälle

Im Jahr 2011 gab es in Deutschland rund 2,5 Millionen Pflegefälle. Je nach Szenario wird sich die Fallzahl wie folgt entwickeln, in Millionen

	Szenario 1 Dauer der Pflegebedürftigkeit steigt mit zunehmender Lebenserwartung, Pflegefallrisiko bleibt konstant	Szenario 2 Dauer der Pflegebedürftigkeit bleibt konstant, Pflegefallrisiko verschiebt sich mit zunehmender Lebenserwartung in höhere Altersklassen	Szenario 3 Dauer der Pflegebedürftigkeit sinkt, Pflegefallrisiko verschiebt sich mit zunehmender Lebenserwartung in höhere Altersklassen
2020	2,7	2,7	2,6
2030	3,2	3,0	2,9
2040	3,6	3,4	3,2
2050	4,2	3,8	3,5
2060	4,2	3,7	3,5

Pflegefälle: IW-Prognose auf Basis der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung durch das Statistische Bundesamt; Pflegefallrisiko: das Risiko, mindestens unter die Pflegestufe 1 zu fallen
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwkd 29

Inhalt

Verkehrspolitik. Österreich verfügt über ein Straßenmautsystem, das auch für Deutschland als Vorbild dienen könnte.
Seite 3

Israel. Der Staat im Nahen Osten gilt als das Silicon Valley am Mittelmeer, kein anderes Land investiert mehr Geld in Forschung und Entwicklung.
Seite 4-5

Gesundheit. Unternehmen in Deutschland gaben für die Gesundheitsförderung im Jahr 2012 mehr als 850 Millionen Euro aus.
Seite 6

Steuern. Ob Unternehmenserben in Deutschland weiterhin Steuerprivilegien genießen dürfen, untersucht das Bundesverfassungsgericht.
Seite 7

Gewerbe-Immobilien. Das IW Köln hat einen Immobilienindex für Büro- und Handelsflächen in Berlin entwickelt.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln
Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ wie sich die Veränderung der Bevölkerungszahl auf die Ausgaben und Beitragseinnahmen der Pflegeversicherung auswirkt. Klar ist: Weil die Babyboomer in den nächsten Jahrzehnten in das Alter kommen, in denen das Pflegefallrisiko deutlich steigt, muss mit mehr Pflegefällen gerechnet werden.

Um wie viel die Zahl exakt steigt, ist schwer zu beziffern. Denn es kann ja sein, dass die Menschen künftig gesünder sind als heute, sodass ihr Pflegefallrisiko sinkt. Wenn sie aber länger pflegebedürftig sind, hat die Pflegeversicherung ein Problem. Das IW Köln hat daher drei Szenarien entworfen, die sich – bei generell steigender Lebenserwartung – in der Dauer der Pflege sowie in dem Risiko, zum Pflegefall zu werden, unterscheiden. Eines haben alle drei Szenarien gemeinsam: Es wird – unterschiedlich ausgeprägt – mehr Pflegefälle geben (Grafik Seite 1):

Die Zahl der Pflegebedürftigen wird von heute 2,5 Millionen auf 2,9 bis 3,2 Millionen im Jahr 2030 steigen. Im Jahr 2050 ist mit bis zu 4,2 Millionen Pflegefällen zu rechnen.

• **Höhere Ausgaben.** Mehr Pflegefälle bedeuten – bei unveränderten Leistungsansprüchen – auch mehr Ausgaben der Pflegeversicherung. Mit der Bevölkerung, die im Jahr 2030 zu erwarten ist, drohen – bei konstanten Pflegekosten – die jährlichen Ausgaben von derzeit knapp 22 Milliarden Euro auf bis zu 28,5 Milliarden Euro zu steigen. Im Jahr 2050 entständen unter heutigen

Bedingungen sogar Ausgaben von bis zu 38 Milliarden Euro – gegenüber dem Status quo wäre das ein Anstieg von mehr als 70 Prozent.

Diese Entwicklung ist allein der Bevölkerungsalterung geschuldet. Denn die IW-Berechnung lässt etwaige Kostensteigerungen, zum Beispiel durch höhere Entgelte für das knapper werdende Pflegepersonal, außen vor. Eingepreist sind lediglich die Vorgaben der Pflegereform.

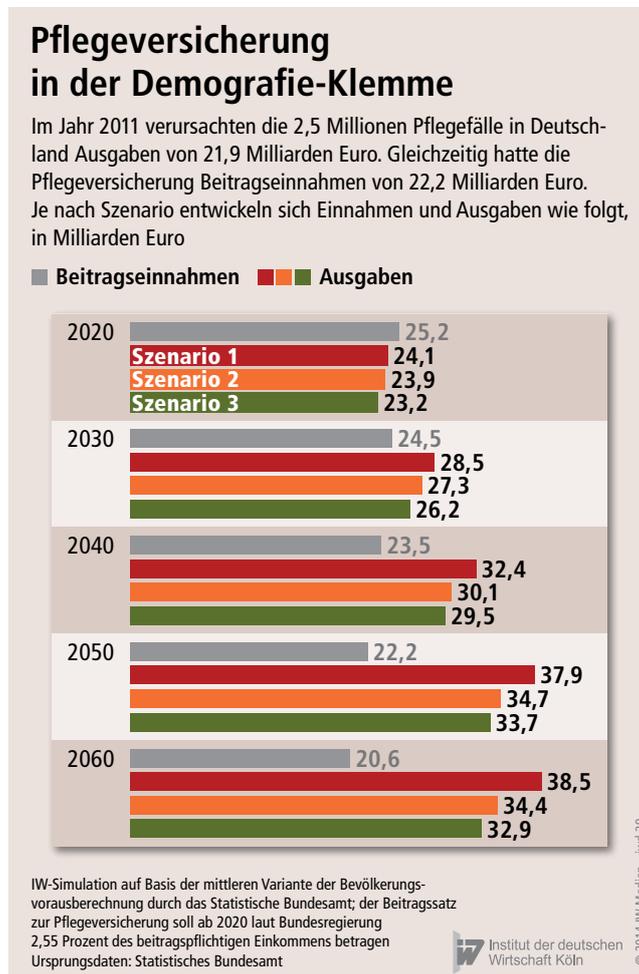
• **Wachsende Finanzierungslücke.** Der demografische Wandel schlägt sich auch auf der Einnahmenseite nieder. Zum einen wird es weniger Beitragszahler geben als heute, zum anderen ist das beitragspflichtige Einkommen der Ruheständler – die ja auch in die Pflegekasse einzahlen – im Schnitt nur halb so hoch wie das der Erwerbstätigen.

Die Gewichte zwischen Jung und Alt verschieben sich also dramatisch. Bei unveränderten durchschnittlichen Erwerbs- und Alterseinkommen werden die Beitragseinnahmen der Pflegeversicherung zunächst zwar noch bis 2020 steigen. Allerdings ist dieser Zuwachs ausschließlich auf die von der Bundesregierung angekündigte Beitragssatzerhöhung um 0,5 Prozentpunkte zurückzuführen. Ab 2020 gehen die Einnahmen dann Jahr für Jahr zurück – und werden 2050 etwa so hoch ausfallen wie heute.

Weil zwischenzeitlich aber die Ausgaben – in allen Szenarien – spürbar steigen, droht der Pflegeversicherung allein demografiebedingt eine milliarden schwere Finanzierungslücke (Grafik):

Die Finanzierungslücke wird 2030 zwischen 1,7 und 4 Milliarden Euro betragen. Im Jahr 2050 werden bis zu 16 Milliarden Euro fehlen.

• **Eine nachhaltige Vorsorge** gelingt nur durch den Umstieg auf eine dauerhafte Kapitaldeckung – zum Beispiel für einen Teil der stationären Pflegekosten. Weil diese meist erst in der letzten Lebensphase anfallen, hätten auch die geburtenstarken Jahrgänge noch genügend Zeit, wenigstens teilweise für ihr Pflegerisiko vorzusorgen. Von dieser Lösung ist die Bundesregierung aber weit entfernt. Im Gegenteil: Die angekündigten Leistungsausweitungen verschärfen das Problem noch – und werden bereits ab 2015 zu höheren Beitragssätzen führen.



Pickerl à la Österreich

Verkehrspolitik. Deutschland diskutiert wieder einmal über eine Pkw-Maut. Dabei wird allerdings meistens nur über die Einnahmen geredet – und nicht darüber, wie man die Ausgaben-seite am besten organisiert. Hier könnte Deutschland von seinem österreichischen Nachbarn lernen.

Die deutschen Fernstraßen sind unterfinanziert. Marode Brücken und bröckelnde Fahrbahnen machen den Sanierungsbedarf allorts deutlich. Ein anderes Problem ist weniger offensichtlich: Weil die Fernstraßen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, richten sich Baumaßnahmen oft nach Kassenlage.

Österreich dagegen hat, um die Begehrlichkeiten von Haushaltspolitikern erst gar nicht zu wecken, 1997 ein System ins Leben gerufen, das die Einnahmen ohne Umwege direkt in den Straßenbau lenkt: die Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG), die zu 100 Prozent dem Bund gehört.

Die ASFINAG ist für alle Autobahnen und Schnellstraßen inklusive der vielen Brücken und Tunnels zuständig. Ihre Einnahmen bezieht sie aus drei Mautsystemen (Grafik):

1. Streckenbezogene Lkw-Maut. Anders als in Deutschland, wo die Maut satellitengestützt abgerechnet wird, basiert das System in Österreich auf Mikrowellensendern und -empfängern.

2. Pkw-Vignetten. Die ASFINAG verkauft jedes Jahr mehr als 20 Millionen Vignetten, darunter etwa 3,4 Millionen Jahrespickerl, die derzeit 82,70 Euro pro Stück kosten. Der

Österreichs Mautsystem

2013, in Millionen Euro

Einnahmen

2.165

darunter:	
Umsatzerlöse	2.072
darunter:	
Lkw-Maut	1.135
Vignetten	406
Sondermauten	147

Die österreichische Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft ASFINAG finanziert sich aus den Mauteinnahmen, die anschließend wieder in den Bau, den Betrieb und die Sicherheit des österreichischen Straßennetzes investiert werden.

Ausgaben

1.632

darunter:	
Infrastruktur-Investitionsprogramm	704
darunter:	
Erhaltung	341
Neubau	327
Zinsaufwand	424

Quelle: ASFINAG

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien | iwd 29 | Foto: betina sampl - Fotolia.com

Vignettenpreis ist an den Anstieg der Verbraucherpreise gekoppelt.

3. Sondermauten. Auf sechs Streckenabschnitten – zum Beispiel am Brenner – werden für alle Kraftfahrzeuge weitere Gebühren fällig.

Insgesamt verfügte die ASFINAG im Jahr 2013 über Mauteinnahmen von 1,7 Milliarden Euro.

Über die Verwendung dieser Gelder entscheidet die ASFINAG weitgehend autonom. Diese Konstruktion hat deutliche Vorteile gegenüber dem deutschen System, wo Autobahnen und Bundesstraßen von den Ländern im Auftrag des Bundes verwaltet werden:

- Weil die österreichische Finanzierungsgesellschaft keine Behörde ist, kann sie unabhängig von staatlichen Haushaltsjahren planen und ist damit ähnlich flexibel wie ein Privatunternehmen.

Einen Wermutstropfen gibt es allerdings. Während die ASFINAG ihre Instandhaltungsausgaben autonom planen kann, wird der Aus- und Neubau gemeinsam mit dem Bund

und den Ländern beschlossen – hier hat also die Politik doch Einfluss. Allerdings geht dieser nicht so weit, dass Gelder der ASFINAG – mit Ausnahme einer jährlichen Dividende von 100 Millionen Euro – in den Bundeshaushalt fließen.

- Bei der Suche nach neuen Mitarbeitern erweist sich die Rechtsform einer Aktiengesellschaft ebenfalls als Vorteil. So haben die Straßenbauverwaltungen in Deutschland derzeit große Probleme, Ingenieure anzuwerben, weil sie sich an die Gehaltsvorgaben des öffentlichen Diensts halten müssen. In Österreich dagegen können die Gehälter frei verhandelt werden.

Allerdings leidet auch die ASFINAG an einem Konstruktionsfehler. Weil die Politik mehrere große Bauvorhaben angeschoben hat, die nicht aus den Einnahmen finanziert werden konnten, machte die Gesellschaft Schulden – inzwischen sind es mehr als 11 Milliarden Euro und der Zinsaufwand schluckt einen großen Teil der Mauteinnahmen.

Wachstum trotz Widrigkeiten

Israel. Der kleine Staat im Nahen Osten ist ein Land voller Gegensätze und Probleme. Doch trotz aller Schwierigkeiten ist es den Israelis in den vergangenen Jahrzehnten gelungen, auf dem unfruchtbaren Boden ein blühendes Wirtschaftswunder zu erschaffen.

Nach der Ermordung dreier israelischer Jugendlicher und einem Racheakt an einem palästinensischen Jungen herrscht Krieg in Israel. Wieder einmal, muss man sagen, denn der jetzige Konflikt ist beileibe kein Einzelfall. Zwei Intifadas, zwei Libanonkriege, den Jom-Kippur-Krieg, den Sechstagekrieg, die Suezkrise und den Palästinakrieg hat der noch junge Staat, gegründet 1948, bereits hinter sich.

Umso erstaunlicher ist es, dass Israels Wirtschaft dennoch prosperiert: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner lag 2013 umgerechnet bei 24.550 Euro – das ist mehr als in Italien. Zwischen 2008 und 2013 wuchs die israelische Wirtschaft im Schnitt um 3,8 Prozent pro Jahr, selbst im Krisenjahr 2009 stieg das BIP noch um 0,9 Prozent – ein Kunststück, das in Europa nur Polen gelang.

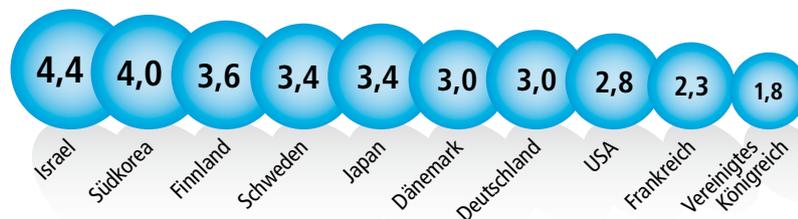
Das israelische Wirtschaftswunder lässt sich vor allem auf die vielen Hochtechnologiefirmen und die starke Forschung – auch für den Rüstungssektor – zurückführen. In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat sich Israel neben den USA zum führenden Hightech-Land entwickelt (Grafik); der USB-Stick und der 3-D-Drucker beispielsweise sind israelische Erfindungen.

Daneben spielen nur noch die Chemie- und die Pharmabranche eine größere Rolle, andere Industriezweige sind selten vertreten. In vielen Branchen herrscht deshalb kaum Wettbewerb, was die Lebenshaltungskosten in die Höhe treibt.

Der stark gestiegene Preis für Hüttenkäse – ein in Israel sehr beliebtes Lebensmittel – war 2011 sogar der Auslöser einer Protestbewegung. Wochenlang demonstrierten Tausende Israelis in Tel Aviv für soziale Gerechtigkeit, insbesondere für bezahlbaren Wohnraum. Vor allem in und um Tel Aviv, Haifa und Jerusalem herrscht Wohnungsmangel: In diesen Regionen, die lediglich 14 Prozent der Landesfläche ausmachen, leben zwei Drittel der Israelis. Kein Wunder, dass Wohneigentum – Israelis sind überwiegend Käufer, selten Mieter – kaum zu bezahlen ist.

Forscherland Israel

So viel Prozent des Bruttoinlandsprodukts wendeten diese Länder 2012 für Forschung und Entwicklung auf



Israel, Südkorea, Japan, USA: Stand 2011; Quellen: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 29

Silicon Valley am Mittelmeer

Israel hat sich in den vergangenen 20 Jahren zu einem weltweit führenden Technologiestandort gemausert, zu einem Silicon Valley am Mittelmeer. Mit 4,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gibt Israel mehr für Forschung und Entwicklung aus als jedes andere Land. Basis dieser Entwicklung sind die starken Universitäten und die Verteidigungsindustrie. Einen weiteren Impuls erhielt die Hochtechnologie-Szene nach 1990, als viele hochqualifizierte Forscher aus Russland in das Gelobte Land kamen. Neben dem Potenzial an Universitäten, Forschungsinstituten und Wissenschaftlern ist auch die enge Verbindung zu den Vereinigten Staaten von Vorteil, um Wagniskapital anzuziehen. Über 200 israelische Unternehmen sind an der US-Technologiebörse Nasdaq gelistet. Umgekehrt unterhalten viele US-Firmen Forschungszentren in Israel, darunter der Halbleiterhersteller Intel und der Hard- und Softwareentwickler Microsoft. Spezialisten, die in diesen Forschungszentren arbeiten, gründen später mit Unterstützung des Staates, der Firmengründern Steuererleichterungen gewährt, oft eigene Start-ups.



Für eine 70-Quadratmeter-Wohnung muss man in Israel durchschnittlich zwölf Jahresgehälter aufbringen, in Deutschland sind es nur rund zwei.

Inzwischen hat die Regierung von Benjamin Netanjahu zwar dafür gesorgt, dass Baugenehmigungen schneller erteilt werden, und zudem Steuernachlässe beim Immobilienkauf beschlossen, doch zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt dürfte das wenig beitragen: Denn die Bevölkerung in Israel wächst rasant. Im Jahr 1990 gab es 4,8 Millionen Einwohner, inzwischen sind es mehr als 8 Millionen, bis 2035 dürften es 11,4 Millionen sein.

Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen hat Israel diverse Einwanderungswellen erlebt. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zum Beispiel kamen knapp 1 Million osteuropäische Juden ins Land. Zum anderen ist die Geburtenrate hoch: Frauen in Israel bekommen im Durchschnitt drei Kinder. Die hohe Geburtenrate ist auch ein Grund dafür, dass es so viele bedürftige Familien in Israel gibt. Etwa ein Fünftel der Bevölkerung gilt als arm, meist handelt es sich um kinderreiche ultraorthodoxe und arabisch-israelische Familien mit nur einem Ernährer.

Israel ist ein kleines Land, ohne die besetzten Gebiete ist es etwa so groß wie Hessen. Da zudem 60 Prozent der Fläche aus Wüste bestehen,

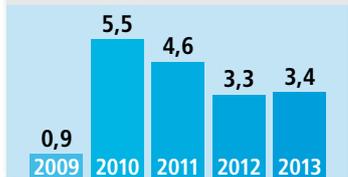
ist es seit der Staatsgründung ausdrückliches Ziel, diese Region zu entwickeln. Das ist den Israelis gelungen: Heute wird im Negev im großen Stil Landwirtschaft betrieben – und das trotz chronischen Wassermangels. Möglich machen dies leistungsfähige Meerwasserentsalzungsanlagen sowie ein ausgeklügeltes Bewässerungs- und Recyclingsystem.

Da die arabischen Länder bis auf Ägypten und Jordanien keine Wirtschaftsbeziehungen zu Israel unterhalten, konzentriert sich der Außenhandel auf die USA, Asien und Europa. China ist – nach den USA und vor Deutschland – der zweitgrößte Handelspartner. Neben Edelsteinen und Chemieprodukten exportiert Israel vor allem Hochtechnologie – von der App bis zur Aufklärungsdrohne. Lebensmittel machen nur 2 Prozent der Exporte aus.

Israel ist von der Schuldenkrise verschont geblieben, selbst 2009 konnte der Staat seine Schulden im Zaum halten. Das Haushaltsdefizit lag 2013 bei 4,3 Prozent, der Schuldenstand erreicht seit 2012 mit 68 Prozent der Wirtschaftsleistung den niedrigsten Stand seit 25 Jahren (Grafik). Sogar das Verteidigungsbudget wurde zusammengestrichen und liegt nun bei 6 Prozent des BIP, das ist der niedrigste Wert in der Geschichte Israels.

Israel in Zahlen

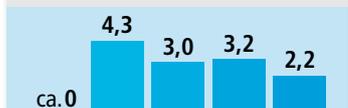
Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Verbraucherpreise
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Beschäftigungswachstum
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



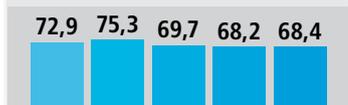
Arbeitslosenquote
in Prozent



Haushaltsaldo
in Prozent des BIP



Schuldenstand
in Prozent des BIP



Leistungsbilanzsaldo
in Prozent des BIP



Schuldenstand: 2011 mit Vorjahr nicht vergleichbar wegen BIP-Revision

Quellen: CBS (Israelisches Statistikkamt), OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iw4 29

Foto: Berit Schmiedendorf

Eigenverantwortung bleibt das A und O

Gesundheit. In Deutschland wurden zuletzt fast 6 Milliarden Euro in Maßnahmen gesteckt, die dafür sorgen sollen, dass Menschen nicht erkranken. Rund 15 Prozent dieser Ausgaben für die Gesundheitsförderung schultern Unternehmen. Der Erfolg steht und fällt allerdings mit der Eigenverantwortung jedes Einzelnen.

Rückenschulungen, Sport, Ernährungstipps, Raucherentwöhnung und vieles mehr bieten deutsche Firmen ihren Mitarbeitern an, um sie fit zu halten. Dabei passen die Personalabteilungen der Unternehmen den Maßnahmenkatalog an die jeweiligen Bedürfnisse vor Ort an. Ein Programmierer, der ständig vor seinem PC sitzt, benötigt vielleicht öfter mal eine Nackenmassage, ein Lkw-Fahrer dagegen ist mit einer Beratung über eine gesunde Ernährung besser bedient (Grafik).

Alles in allem haben deutsche Unternehmen für Gesundheitsförderungsmaßnahmen 2012 rund 850 Millionen Euro ausgegeben.

Inwieweit sich diese Investitionen betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich rechnen, ist schwer zu sagen. Wie will man z.B. den gesundheitlichen Nutzen eines betrieblichen Fitnessstudios messen, wenn der Mitarbeiter auch nach Feierabend Sport treibt. Außerdem zahlen sich bestimmte Maßnahmen vielfach erst nach Jahren oder Jahrzehnten aus – was genau geholfen hat, lässt sich dann kaum noch feststellen.

All das muss man im Hinterkopf haben, wenn man Studien zum Kosten-Nutzen-Verhältnis (Return on Invest) der Gesundheitsförderung betrachtet. Ein Beispiel:

Studie des Instituts für Gesundheit und Arbeit (iga). Eine Auswertung von mehr als 1.050 Einzelstudien, die in den Jahren 2000 bis 2006 erschienen sind, kommt zu dem durchaus ermutigenden Ergebnis, dass durch Gesundheitsförderung tatsächlich Gesundheitsrisiken reduziert, Krankheitshäufigkeiten gesenkt und gesundheitsbewusste Verhaltensweisen gefördert wurden.

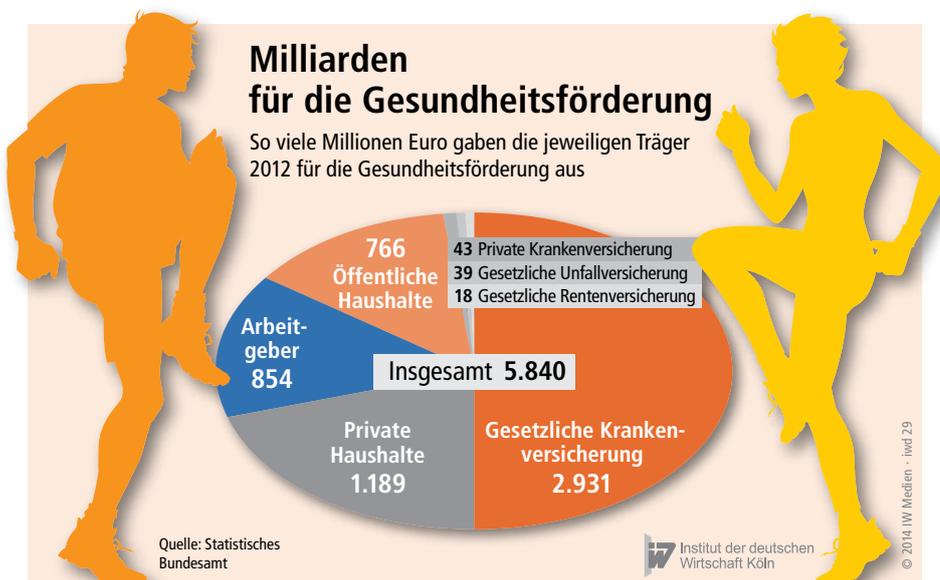
Die iga-Auswertung macht allerdings auch deutlich, wie schwierig es ist, den Nutzen solcher Maßnahmen exakt zu beziffern. Demnach könnte 1 Euro, der in die Gesundheitsförderung investiert wird, einen Nutzen von 2,30 Euro bringen – oder auch von 5,90 Euro.

Ähnlich große Spannen zeigen sich bei den Fehlzeiten. Im ungünstigsten Fall verringert sich die Zahl der Ausfalltage trotz Gesundheitsförderung kaum, im besten Fall reduziert sie sich um das Zehnfache.

Auch für den – im Gegensatz zur freiwilligen betrieblichen Gesundheitsförderung – gesetzlich geregelten Arbeitsschutz ist es schwierig, eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufzumachen. Ein Beispiel:

Studie der Universität Gießen und des Instituts für Arbeit und Gesundheit (IAG) der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV). In den Jahren 2010 und 2011 wurden mehr als 300 Unternehmen in 19 Ländern danach gefragt, wie hoch sie beim betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz den Return on Invest einschätzen. Demnach mache sich jeder Euro, der in die betriebliche Prävention investiert wird, im Durchschnitt mit 2,20 Euro bezahlt, schreiben die Autoren des Forschungsberichts – um schon im nächsten Absatz ihre Aussage wieder zu relativieren: Die Ergebnisse dürfen nicht überinterpretiert werden – denn sie beruhen letztlich auf Einschätzungen.

Der Forschungsbericht plädiert daher für weitere nationale und internationale Forschungen auf dem Gebiet der Präventionsbilanzierung.



Firmenerben warten auf Antworten

Steuern. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet darüber, ob Firmenerben gegenüber Erben von Privatvermögen bevorzugt behandelt werden dürfen. Dieses Steuerprivileg wurde 2009 mit der Begründung eingeführt, dass Arbeitsplätze verloren gehen könnten, falls ein Unternehmenserbe die Steuerschuld aus der Substanz begleichen muss. Jetzt fragen die Karlsruher Richter, ob das tatsächlich so ist.

In Deutschland werden die meisten Familienunternehmen von Generation zu Generation übertragen (Grafik) – und genau diese Tradition hatte die Erbschaftssteuerreform im Jahr 2009 im Blick. Unternehmen, die vererbt werden, sollten nicht in Liquiditätsengpässe getrieben werden. Denn die Erbschaftssteuer – je nach Verwandtschaftsgrad und Erbe beträgt sie zwischen 7 und 50 Prozent – entzieht der Firma Mittel, die dann für Investitionen fehlen und am Ende Arbeitsplätze kosten.

Erben eines Familienunternehmens werden deshalb, wenn sie den Betrieb mindestens fünf Jahre fortführen, von der Erbschaftssteuer weitgehend befreit (Kasten).

In der mündlichen Verhandlung vor dem Verfassungsgericht konnte die Bundesregierung indes nicht hieb- und stichfest belegen, dass die Erbschaftssteuer tatsächlich die Fortführung eines Betriebs gefährdet. Es liegt jedoch in der Natur der Sache, dass man hier nur mit Schlussfolgerungen argumentieren kann.

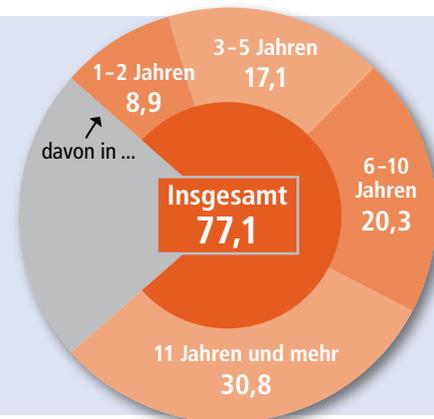
So dürfte einleuchten, dass eine höhere Erbschaftssteuer für den betroffenen Betrieb definitiv zu Wettbewerbsnachteilen führt – denn die

Familienunternehmen: Die Nachfolger warten schon

So viel Prozent der Familienunternehmen planten zum Befragungszeitpunkt, die Firma zu übertragen

Befragung von 1.171 Unternehmern in den Jahren 2008 und 2009; Rest zu 100: Liquidation geplant oder noch unentschieden
Quelle: Institut für Mittelstandsforschung 2012

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



© 2014 IW Medien - iw-d 29

Zahlungen an das Finanzamt müssen gegenfinanziert werden. Dem Erben bleibt dann oft nur der Griff ins Eingemachte, also die Auflösung finanzieller Reserven – oder er verkauft gleich Filetstücke der Firma.

Noch hat das Gericht nicht entschieden, ob und in welchem Ausmaß Änderungen bei der Erbschaftssteuer notwendig sind. Sollte Karlsruhe aber von den Unternehmen höhere Steuerzahlungen fordern, will die Bundesregierung dafür eine Stundungsregelung einführen. Denn

die Beträge, um die es geht, sind keine Peanuts.

Unternehmenserben haben durch das Steuerprivileg allein 2012 annähernd 11 Milliarden Euro gespart.

Doch auch die Stundungsregelung hat ihre Tücken. Bevor der Fiskus sein Okay dazu gibt, muss der Erbe nämlich zunächst einmal sein gesamtes nicht in der Firma gebundenes Vermögen versilbern. In diesem Fall könnten sich viele Erben doch lieber für einen Verkauf des Unternehmens entscheiden.

Erbschaftssteuer für Firmennachfolger

Das Anfang 2009 reformierte Erbschaftssteuerrecht beinhaltet folgende Regelung: Betriebsvermögen wird zu 85 Prozent steuerfrei gestellt. Diese Begünstigungsklausel ist jedoch an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, die der Unternehmensnachfolger über einen längeren Zeitraum erfüllen muss:

- Das Betriebsvermögen muss mindestens fünf Jahre im Eigentum des Erben bleiben.
- Die Lohnsumme darf in diesen fünf Jahren zusammengerechnet nicht weniger als 400 Prozent der Ausgangslohnsumme vor der Übergabe der Firma betragen.
- Veräußert der Erbe während der Haltefrist das Unternehmen oder einen Teil

davon, vermindert sich der von der Steuer freigestellte Anteil entsprechend.

→ Das Verwaltungsvermögen – Wertpapiere, Dritten zur Nutzung überlassene Grundstücke und Bauten etc. – darf nicht mehr als 50 Prozent des Betriebsvermögens betragen.

→ Die Bewertung aller Vermögensgegenstände erfolgt zum Verkehrswert.

Nur wenn all diese Bedingungen erfüllt sind, kommt der Unternehmenserbe in den Genuss der Begünstigungsklausel. Sollte das Unternehmen über sieben Jahre unverändert fortgeführt werden, ist sogar eine völlige Befreiung von der Erbschaftssteuer möglich.

Neuer Mietpreisindex

Immobilien. In den vergangenen fünf Jahren sind die Mieten für Büro- und Handelsflächen in der Hauptstadt nur moderat gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt der neue Gewerbe-Immobilienindex des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. 

Wer wissen will, wie sich die Mieten für Gewerbe-Immobilien in Deutschland entwickeln, stocherte bislang im Nebel: Zwar beobachten einige Banken und Makler den Mietmarkt für Büros und Handelsflächen, allerdings beschränken sich die Berichte auf großvolumige Transaktionen, also auf die Vermietung von großen Flächen.

Diese Lücke schließt nun das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), das im Auftrag von Immobilienscout24 einen Mietpreisindex für Gewerbe-Immobilien in Berlin entwickelt hat. Die von Immobilienscout24 zur Verfügung gestellten Daten erfassen auch kleinteilige An-



gebote und zeigen, dass in der Hauptstadt vor allem die Preise für Büroflächen zulegen (Grafik):

Zwischen 2008 und 2013 sind die Quadratmetermieten für Büroflächen in Berlin um 10 Prozent gestiegen.

In den ersten drei Jahren des Beobachtungszeitraums blieb das Preisniveau für Büros noch relativ konstant, da der steigenden Beschäftigung in Büroberufen – fast 16 Prozent – ein großes Angebot an freien Immobilien gegenüberstand. Erst seit Mitte 2011 verteuern sich die Büromieten, was vor allem auf das steigende Angebot höherwertiger Immobilien zurückzuführen ist. Weil eine bessere Ausstattung einen höheren Preis rechtfertigt, kann von einer Überhitzung oder gar einer Preisblase auf dem Berliner Büromarkt keine Rede sein.

Wesentlich moderater als die Büromieten haben sich die Berliner Mieten für Handelsflächen entwickelt – deren Index schwankte zwi-

schen 2008 und 2013 nur um 4 Prozentpunkte. Nachdem die Preise für Groß- und Einzelhandelsflächen jahrelang nachgaben, haben sie seit Mitte vergangenen Jahres wieder das Niveau von 2008 erreicht.

Obwohl für den Gewerbe-Immobilienindex nur die Angebotsdaten und nicht die tatsächlich erzielten Mieten zur Verfügung standen, ist der Index aufgrund der erfassten Datenmenge aussagekräftiger als die gängigen Marktberichte. Um die Informationen zur Entwicklung der Gewerbemieten zu vervollständigen, wird es im Laufe des Jahres weitere Indizes für die zehn größten Städte in Deutschland geben.

Adressaufkleber



Information

aus IW-Trends
2/2014

Philipp Deschermeier, Björn Seipelt, Michael Voigtländer:

Ein hedonischer Mietpreisindex
für Gewerbeimmobilien

iwkoeln.de/gewerbeimmobilien

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.